

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

UMBAWIKO behandelt diverse Geschäfte zum öffentlichen Verkehr

Solothurn, 2. Juni 2009 - An ihrer konstituierenden Sitzung für die neue Legislaturperiode 2009-2013 hat die kantonsrätliche Umwelt-, Bau und Wirtschaftskommission (UMBAWIKO) Markus Grütter (FdP, Biberist) zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Theophil Frey (CVP, Dulliken) wurde als Vizepräsident bestimmt. Die Kommission genehmigte das neue Globalbudget "Öffentlicher Verkehr" (ÖV) und stimmte einer Änderung des ÖV-Gesetzes zu. Im Weiteren befasste sie sich mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen, welche sich mehrheitlich mit dem öffentlichen Verkehr befassen.

Gegen die Stimmen der SVP hat die UMBAWIKO dem Globalbudget "Öffentlicher Verkehr" zugestimmt und bewilligte damit einen Verpflichtungskredit für die Jahre 2010 bis 2011 in der Höhe von rund 73,75 Mio. Franken für Abgeltungen des Kantons an die Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs, an die Tarifverbände sowie für die Subventionierung der Schülertransporte und verwaltungsinternen Aufwände. Das neue Globalbudget stützt sich auf das in der Vorlage integrierte ÖV-Mehrjahresprogramm, welches den konkreten Angebots- und Leistungsauftrag für die neue Fahrplanperiode 2010 bis 2011 vorgibt. Das bestehende ÖV-Angebot soll mit wichtigen zusätzlichen Modulen ergänzt werden, so sind Busoptimierungen in den Räumen Olten-Gösigen-Gäu und Grenchen vorgesehen und bestehende Busversuchsbetriebe sollen ins ÖV-Grundangebot übernommen werden (Linie 9 – Solothurn Sonnenpark, Verlängerung Linie 19 Grenchen-Selzach-Lommiswil).

Im Weiteren verabschiedete die Kommission einstimmig die Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖV-Gesetz), welches die Verteilung der Kosten des öffentlichen Verkehrs und der Schülertransporte zwischen Kanton und Einwohnergemeinden neu regelt.

ÖV-Vorstösse

Im Rahmen des Jugendpolittags 2008 wurden von den Jugendlichen einige Vorschläge für Verbesserungen im ÖV-Bereich vorgebracht. Von den kantonalen Parlamentariern wurden die Anliegen aufgegriffen und es wurden verschiedene Vorstösse eingereicht. Der Auftrag der CVP/EVP-Fraktion hat zum Ziel, verbilligte tarifverbundübergreifende Jugendabos einzuführen, da Fahrkarten und Abos gerade für Jugendliche ab 16 Jahren sehr teuer sind. Da heute bereits stark vergünstigte Juniortarife für Strecken- und Verbundabos für Jugendliche von 6 bis 25 Jahren existieren, folgte die Kommission nach intensiver Diskussion mit Stichentscheid des Präsidenten dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung.

Ein überparteilicher Auftrag strebt die Änderung der Verordnung über das Grundangebot im regionalen Personenverkehr an mit dem Ziel, mehr Nachtlinien einzurichten. Auch hier folgte die Kommission mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung. Ausser in der Region Olten-Gösgen-Gäu bestehen heute schon in vielen Teilen des Kantons diverse Angebote für "Nachtschwärmer", welche den ÖV benutzen wollen. Der Regierungsrat ist zudem bestrebt, die Koordination von weiteren Nachtangeboten und deren Prüfung für die betroffenen Gemeinden an die Hand zu nehmen. Eine Änderung der Grundangebotsverordnung wird dagegen abgelehnt.

Der Auftrag von Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen) verlangt, dass Anreize zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und Drosselung des motorisierten Individualverkehrs im Kanton Solothurn für Jugendliche geschaffen werden sollen. Die Kommission stimmte mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung und Abschreibung des Auftrags zu. Das Angebot im öf-

fentlichen Verkehr wird laufend ausgebaut. Jedoch werden Restriktionen zur Nutzung des motorisierten Individualverkehrs durch Jugendliche abgelehnt.

Finanzierung von Behindertentransporte

Der Volksauftrag "für eine auftragsgerechte Finanzierung der Behinderten-transportdienste" hat zum Ziel, die Behindertentransporte dem ÖV-Gesetz zu unterstellen. Die Kommission folgte grossmehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung. Die Notwendigkeit der Finanzierung der Behindertentransporte durch Kanton und Gemeinden wird grundsätzlich anerkannt, allerdings ist diese Problematik nicht Gegenstand der Verkehrs-, sondern der spezifischen Behinderten bzw. Alterspolitik. Eine Finanzierung von solchen Transporten müsste mit Massnahmen über die Sozialgesetzgebung sichergestellt werden.

Kein Endlager im Niederamt

Im Auftrag der Fraktion SP/Grüne wird der Regierungsrat aufgefordert, sich gegen die Planung und allfällige Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle jeglicher Art in der Region einzusetzen. Mehrheitlich folgte die Kommission dem Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung mit dem Wortlaut, dass der Regierungsrat zusichert, sich vehement dafür einzusetzen, dass die Kriterien des Sachplans geologisches Tiefenlager strikte eingehalten und die Interessen des Niederamtes berücksichtigt werden.